



Newsletter vom 19. April 2026

Inhalt

Eine taugliche Lehrerbildung ist keine «Mission impossible».....	1
17. April 2026, Marianne Wüthrich.....	1
«Verblendete Studenten».....	4
Weltwoche, 1. April 2026, Daniel Wahl.....	4
«Es ist eine Mission Impossible».....	7
Blick, 5. April 2026, Andreas Schmid und Thomas Meier.....	7
Sexualerziehungsunterricht mit Folgen an einer Primarschule im Toggenburg.....	9
EDU Standpunkt, April 2026, Heinz Herzog.....	9
Abschaffungstrend erfasst Thurgau.....	10
St. Galler Tagblatt, Ostschweiz, 2. April 2026.....	10
Kanton Zürich will wieder Förderklassen.....	11
Tages-Anzeiger, 15. April 2026, Zürich.....	11
Salzkorn.....	12
St. Galler Tagblatt, 14. April 2026.....	12
Die Kraft der Imagination wird vernachlässigt.....	12
NZZ, 15. April 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Allan Guggenbühl.....	12
Leichte Sprache ist herablassend und dumm.....	14
NZZ am Sonntag, 12. April 2026, Mario Andeotti.....	14
Angepasste Mädchen wechseln an Privatschulen wegen Unruhe in der Regelklasse.....	16
Tages-Anzeiger, 17. April 2026, Zürich, Andrea Söldi.....	16

Eine taugliche Lehrerbildung ist keine «Mission impossible»

17. April 2026, Marianne Wüthrich

Es sei eine «Mission impossible», dass die Studenten an der Pädagogischen Hochschule das lernen, was sie für den Lehrerberuf brauchen, meint Thomas Minder, Präsident des Schweizer Schulleiterverbands: «Die Lehrerinnen und Lehrer sollten gut sein in Mathematik, müssen Sprachen können, Informatik beherrschen, ihren Aufgaben sozial und emotional gewachsen sowie kommunikativ sein



und vieles mehr.» Eine unlösbare Aufgabe? In Wirklichkeit nennt Schulleiter Minder hier nichts anderes als die unverzichtbaren Fähigkeiten einer Volksschullehrerin. Auftrag der PH ist es, den jungen Leuten das erforderliche fachliche Rüstzeug zu vermitteln und sie mit pädagogisch-praktischer Anleitung durch erfahrene Lehrer in den anspruchsvollen Berufsalltag einzuführen.

PH in der Pflicht

In seinem beachtenswerten Interview nimmt der scheidende Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid die Pädagogischen Hochschulen mit deutlichen Worten in die Pflicht: «Viele Pädagogik-Dozenten haben nie in der Volksschule unterrichtet. Ihnen fehlt der Praxisbezug. Das wirkt sich auf die Ausbildung aus. Der entscheidende Lerneffekt findet im Unterricht statt, nicht im Seminarraum.» Leider ist dies nichts Neues, deshalb umso dringender, dass Res Schmid und viele andere Kenner der Schweizer Volksschule eine praxistaugliche Lehrerausbildung einfordern.

Thomas Minder dagegen verlangt lediglich eine Verlängerung der Studienzeit von drei auf vier Jahre. Das ist sicher ein Anfang, aber mit einem Masterabschluss ist es nicht getan. Um pädagogisch standfeste und menschlich-sozial feinfühlig Persönlichkeiten zu werden, brauchen Berufsanfänger entsprechende Vorbilder. Wie froh war ich in meiner ersten Zeit im Klassenzimmer um die fachliche und menschliche Anleitung und Korrektur durch meine erfahrenen Ausbilder und Berufskollegen. Nur in einem Punkt widerspreche ich Res Schmid: Der Lerneffekt findet auch im Seminarraum statt, wo wir Anfänger von der erprobten Fachdidaktikerin erfuhren, wie wir unserer Klasse den Lernstoff näherbringen können.

Wesentlich ist aber Schmid's Aufforderung an die Politik, das Heft in die Hand zu nehmen und die Schulentwicklung nicht mehr länger den PHs zu überlassen. Denn der Kern der Schule habe sich nicht verändert: das Lehrer-Schüler-Verhältnis als zentrales Element, die notwendige Stärkung der Grundkompetenzen, Zeit zum Üben und Trainieren. Dies nur einige Ausschnitte aus der reichen Erfahrung des Nidwaldner Bildungsdirektors.

Zur Ideologisierung der PHs, die Res Schmid ebenfalls kritisiert, finden Sie in unserer Textsammlung ein skandalöses Beispiel zur Sexualerziehung in einer Toggenburger Primarschule. Solchen Auswüchsen wollen Lehrer und Eltern im Kanton Zürich mit einer Volksinitiative begegnen, die nächstens lanciert werden soll.

Steter Tropfen höhlt den Stein

Einige der von Res Schmid thematisierten Probleme der Volksschule, die auch in unserem Newsletter immer wieder aufgegriffen werden, kommen heute erfreulicherweise in verschiedenen kantonalen Parlamenten an. Der Thurgauer Kantonsrat hat anfangs April in einem zweiten Anlauf (nach neun Jahren) beschlossen, den Französischunterricht auf die Oberstufe zu verschieben, mit der Bemerkung eines Motionärs: «Der Zusammenhalt der Schweiz hängt nicht an vier Lektionen Frühfranzösisch in der Mittelstufe, die Willensnation gab es auch schon vor dem Frühfranzösisch.»

Derweil beantragt die Kommission des Zürcher Kantonsrats, der regierungsrätlichen Umsetzung der Förderklasseninitiative zuzustimmen. Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten sollen künftig wieder in speziellen Klassen unterrichtet werden können, mit dem Ziel, anschliessend wieder in die Regelklassen zurückzukehren. Nachdem der



Kantonsrat sich bereits vor einiger Zeit deutlich für die Möglichkeit der Wiedereinführung von Förderklassen in den Gemeinden ausgesprochen hat, ist es aus demokratischer Sicht schon etwas befremdlich, dass die SP-Fraktion die Vorlage als «unnötig» ablehnt.

Verschiedene Salzkörner

In unserer Textsammlung finden Sie zudem mehrere originelle und anregende Texte zu verschiedenen Themen. Das «Salzkorn» aus dem St. Galler Tagblatt etwa zur ungeschönten Realität der integrativen Schule. Weiter ein feinsinniger Essay von Allan Guggenbühl zur «Kraft der Imagination», die – wenn denn Zeit und Raum dafür wäre in unseren Schulklassen – den gigantischen sozialpädagogischen Apparat vermutlich ziemlich verkleinern würde. Schliesslich ein Kommentar von Mario Andreotti zur um sich greifenden «Leichten Sprache». Der Autor legt einleuchtend dar, dass sie nicht nur zur Verarmung unserer Sprache führt, sondern auch zu einer problematischen Zweiteilung unserer Gesellschaft in «sprachlich Gebildete» und «Sprachbehinderte». Andreotti plädiert für verständliche Texte aus Amtsstuben sowie für die Rückbesinnung auf das Kerngeschäft der Schule, das Lesen- und Schreibenlernen.

Privatschule – oder wieder öffentliche Schule für alle?

Es schleckt's kei Geiss weg: In den integrativen Schulklassen mit einem häufigen, der Konzentration abträglichen Lärmpegel und mit selbstorganisiertem Lernen anstelle von Klassenunterricht bleiben viele Kinder auf der Strecke. Die Berichte aus verschiedenen privaten Primarschulen klingen plausibel: Besonders Kinder, die im allgemeinen Wirbel untergegangen sind, erholen sich hier, weil eine Lehrerin Zeit für sie hat, ihre schulischen Stärken und Schwächen erfasst und ihnen hilft, Hürden zu überwinden. Psychologe Matthias Obrist beklagt, dass heute vermehrt ruhige Mädchen in die Privatschule wechseln: «Wir brauchen diese Kinder.» Auch erinnert er daran, dass sich nicht alle eine Privatschule leisten können. Trotzdem bleibt Obrist aber dabei: «Die Integration ist keineswegs gescheitert, wie immer wieder behauptet wird.»

Ja, natürlich brauchen die öffentlichen Schulen auch die ruhigen, fleissigen Mädchen, die oft auch im sozialen Miteinander eine positive Rolle einnehmen. Und ja, natürlich ist es unfair, dass nicht jedes Kind eine adäquate Lernsituation bekommt, weil seine Eltern sich das Schulgeld nicht leisten können. Deshalb, und nur deshalb, ist die Einführung von Förderklassen wünschenswert. Nicht um die «schwierigen» oder «lauten» Kinder «auszugrenzen», sondern um für möglichst jedes Kind eine Lernsituation zu schaffen, wo es eine Chance hat, seinen persönlichen Weg zum Lernen und zur seelischen Stärkung zu finden. Das ist Chancengleichheit. Ob alle Kinder im selben Schulzimmer sitzen, ist für das einzelne weniger wichtig als dass Zeit und Raum dafür da ist, damit es seiner Persönlichkeit entsprechend gefördert werden kann.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen.

Marianne Wüthrich



«Verblendete Studenten»

Weltwoche, 1. April 2026, Daniel Wahl

Steigende Kosten, sinkende Leistungen: Die Volksschule steckt in der Krise. Was läuft schief? Res Schmid, dienstältester Bildungsdirektor des Landes, nimmt die «ideologisierten» Pädagogischen Hochschulen in die Verantwortung.

Der kürzlich veröffentlichte «Bildungsbericht Schweiz 2026» birgt Zündstoff. Während die realen Ausbildungskosten in einem Jahrzehnt um über 30 Prozent gestiegen sind, sinken die schulischen Leistungen unentwegt. Doch statt sich mit den Gründen auseinanderzusetzen, sonnt man sich vielmehr darin, dass der erneute Absturz weniger dramatisch ausfällt als in den Nachbarländern. Anders der scheidende Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid (SVP). Der frühere Militärpilot blickt deutlich kritischer auf die Entwicklung der Volksschule. Schmid, der im Sommer sein Amt nach sechzehn Jahren abgeben wird, nimmt vor allem die Pädagogischen Hochschulen in die Mitverantwortung.

Weltwoche: Res Schmid, Sie haben die Bildung in Ihrer Amtszeit als eine grosse Baustelle wahrgenommen. Wo muss angepackt werden?

Res Schmid: Die schulischen Leistungen sind trotz Reformen dramatisch gesunken. Darum braucht es Korrekturen. Die Fremdsprachenstrategie ist zu überdenken. Das integrative Schulmodell ist in der heutigen Form gescheitert. Die Stellung des Klassenlehrers muss gestärkt werden. Ich stelle eine Überforderung der Lehrpersonen fest sowie eine Ideologisierung an den Pädagogischen Hochschulen mit verblendeten Studenten. Dort wird von «Schulentwicklung» gesprochen – oft ohne genügenden Praxisbezug. Es braucht einen Appell an Politik, Verwaltung und Hochschulen.

Weltwoche: Bevor wir darauf eingehen: Wenn Sie das Amt nochmals antreten würden, wo wären Sie mehr auf der Hut?

Schmid: Ich hätte mir die Pädagogische Hochschule (PH) früher genauer angeschaut. Ich habe sie nur etwa anderthalb Tage besucht – das war zu wenig, um wirklich zu verstehen, was dort vermittelt wird. Darum werde ich meinem Nachfolger ans Herz legen, sich frühzeitig mit der Strategie und den Zielsetzungen der PH auseinanderzusetzen. Zudem ging ich zu Beginn davon aus, dass man Dinge relativ schnell ändern kann. Im trägen Bildungssystem dauert jedoch alles lange. Das verhindert zwar übereilte Anpassungen, führt aber auch dazu, dass selbst dringende Korrekturen zwei oder drei Generationen brauchen – und in dieser Zeit kommen die Kinder zu kurz. Das bedaure ich sehr. Mir wurde oft entgegnet, ich sei nicht vom Fach oder komme aus der falschen Partei. Nach sechzehn Jahren kommt derselbe Befund nun auch aus der Schulbasis – genau das, was ich seit langem sage. Bloss, die PH foutiert sich darum.

Weltwoche: Was genau hören Sie an der Basis?

Schmid: Ich habe das Privileg, in allen Gemeinden des Kantons Nidwalden jährlich die Schulen zu besuchen und jeweils zwei Lektionen in unterschiedlichen Klassen zu verfolgen. Danach bespreche ich die Themen mit den Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulbehörden. Das Vertrauen ist mittlerweile so gross, dass Probleme offen angesprochen werden. Der Druck aus der Schule ist stark gestiegen. Im Zentrum der Probleme steht das integrative Schulsystem.



Weltwoche: Die integrative Schule ist vor allem aufgrund der Migration – der Fremdsprachenkinder und der Kinder mit traumatischen Erlebnissen – an den Anschlag gekommen, nicht?

Schmid: Ich würde das nicht vermischen. Die integrative Schule ist auch ohne Migration problematisch. Schwache, behinderte und benachteiligte Schüler kommen zu kurz, obwohl sie Anspruch auf gezielte Förderung haben. Angesichts der Resultate – rund 20 Prozent der Schulabgänger verstehen einen Text nicht – müsste man das endlich einsehen. Richtig ist aber auch: Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen sollten zuerst gezielt bis mindestens Niveau A aufgebaut werden, bevor sie in die Regelklasse kommen – auch wenn sie dabei ein Jahr verlieren.

Weltwoche: Sie haben das «Lesen durch Schreiben» – also Schreiben nach Gehör, ohne Korrekturen in den ersten Schuljahren – per Weisung gestoppt.

Schmid: Ja, ich habe angewiesen, auf «Schreiben nach Gehör» zu verzichten – mit einer kurzen Phase zur Motivation. Danach muss korrigierend eingegriffen werden. Etwas Dümmeres hätte man den Schulen kaum antun können. Das ist durch Studien hinreichend belegt. In Deutschland ist «Schreiben nach Gehör» inzwischen weitgehend untersagt. Leider kann ich es nicht vollständig verbieten, da es im Lehrplan 21 verankert ist. Um einmal falsch eingeübte Wörter zu korrigieren, braucht es extrem viel Aufwand. Für mich bleibt es ein qualifizierter Unsinn und ein klarer Fehlansatz mit grossem Lernzeitverlust.

Weltwoche: Wie viele Lehrerinnen und Lehrer missachten die Weisung?

Schmid: Das kann ich nicht beziffern. Erfahrene Lehrpersonen sträubten sich ohnehin gegen lautgetreues Schreiben. Problematisch sind eher jüngere PH-Abgänger. Dort sehe ich eine ideologische Prägung. Meines Erachtens wird an den Hochschulen teilweise ein praxisfernes Bildungsverständnis vermittelt.

Weltwoche: Sie sprachen davon, Sie hätten verblendete Schulabgänger kennengelernt. Können Sie das erklären?

Schmid: Viele Pädagogik-Dozenten haben nie in der Volksschule unterrichtet. Ihnen fehlt der Praxisbezug. Das wirkt sich auf die Ausbildung aus. Der entscheidende Lerneffekt findet im Unterricht statt, nicht im Seminarraum. Zudem beobachte ich eine Ideologisierung, etwa in Umwelt- und Klimathemen – selbst in den Lehrmitteln. Möglicherweise ist auch die Sexualkunde ideologisch geprägt.

Weltwoche: Wie kommen Sie darauf?

Schmid: Ich erhalte Rückmeldungen von Eltern von PH-Studierenden. Diese berichten, dass ihre Kinder lernen müssen, sich bewusst abzugrenzen, um sich selbst treu zu bleiben. Junge Studierende, die aus einem stabilen Elternhaus stammen, sind oft selbst überrascht darüber, was sie alles zu lernen haben.

Weltwoche: Haben Sie als Regierungsrat auch solche Feedbacks aus Schulen erhalten?

Schmid: Ja. Erfahrene Lehrpersonen berichten, dass junge PH-Abgänger oft nicht genügend vorbereitet sind und nach den ersten Monaten aufgeben.



Weltwoche: Die PH befürwortet das Frühfranzösisch, sie verteidigt die integrative Schule, obschon die Resultate aus der Prüfung der Grundkompetenzen sehr schlecht ausfallen. Weshalb kommen von der PH keine plausiblen Antworten oder Rezepte auf diese Not?

Schmid: Weil der Praxisbezug fehlt und die PH-Dozenten nicht das machen, was ich mache: Klassen und Lehrerinnen und Lehrer regelmässig aufsuchen und mit ihnen sprechen. Man muss vor Ort sein, um zu verstehen, was läuft.

Weltwoche: Handelt es sich um Desinteresse an den Volksschulen?

Schmid: Nein, ich unterstelle kein Desinteresse. Problematisch ist die fehlende Nähe zur Praxis. An den Pädagogischen Hochschulen werden teilweise Konzepte vertreten, die im Schulalltag nur begrenzt tragfähig sind.

Weltwoche: Als Chef im Bildungswesen hätten Sie es in der Hand, die PH zu steuern. Wer zahlt, befiehlt.

Schmid: Mit einer eigenen PH hätte ich früher eingegriffen. In der Zentralschweiz sind die PH in Luzern, Schwyz und Zug jedoch kantonal organisiert. Als Präsident der Bildungsdirektorenkonferenz habe ich die Leitungen der PH eingeladen, ihre Grundsätze und Schwerpunkte darzulegen.

Weltwoche: Was haben Sie daraufhin erlebt?

Schmid: Die Verwunderung über die Einladung war offensichtlich. Die Reaktion war zurückhaltend. Die Auskünfte blieben oberflächlich. Das Signal war klar: Die Politik soll gegenüber den PH nichts zu sagen haben.

Weltwoche: Ihre Parteikollegin im Kanton Aargau, SVP-Bildungsdirektorin Martina Bircher, hat mit Ankündigungen von Richtungswechseln in der Bildungspolitik für Aufsehen gesorgt. Was raten Sie ihr im Umgang mit den PH – bei ihr die PH Nordwestschweiz, an der sich der Kanton Aargau finanziell beteiligt?

Schmid: Sie ist auf dem richtigen Weg. Ich würde ihr raten, früh direkt an die PH und an den Schulen in den Unterricht zu gehen, zuzuhören wie auch den Austausch mit anderen Kantonen zu suchen. Leider hat die Politik den PH freien Lauf gegeben. Die Fehlentwicklungen führen zu hohen gesellschaftlichen Folgekosten. Mit einem enormen Selbstbestimmungsgrad treiben die PH die sogenannte Schulentwicklung voran – akademisches Gedankengut ohne genügend Praxisbezug.

Weltwoche: Muss eine Hochschule das Bildungswesen nicht immer weiter und mit neuen Ideen vorantreiben?

Schmid: Meiner Ansicht nach ist das eine falsche Vorstellung. Alle sprechen von Schulentwicklung, dabei ist die Schule im Kern gleich geblieben – und die Kinder auch. Was zählt, ist längst bekannt: Das Lehrer-Schüler-Verhältnis ist zentral, ebenso die Stärkung der Grundkompetenzen. Diese lassen sich weder erspielen noch erschlafen, sondern nur durch konsequentes Üben und Trainieren erwerben. Dafür braucht es Zeit. Im Lehrplan 21 hingegen werden alle Fächer gleich gewichtet – ohne klare Prioritäten.

Weltwoche: Wie wirken sich die sogenannten neuen Lernformen, die durch Schulentwicklung entstanden sind – wie selbstorganisiertes Lernen, Lernlandschaften und so weiter –, in der Praxis aus?



Schmid: Für starke Schüler funktionieren sie. Schwächere verlieren sich oft darin und kommen zu kurz. Bei Schulbesuchen sehe ich immer wieder Kinder, die ohne Begleitung nicht vorankommen. Ich glaube, wir hatten schon früher ein gutes Schulsystem. Man darf es nicht laut sagen: Aber teilweise täte der Schule eine Rückbesinnung auf Bewährtes gut.

«Es ist eine Mission Impossible»

Blick, 5. April 2026, Andreas Schmid und Thomas Meier

Oberster Schulleiter kritisiert Bildungssystem. Für Thomas Minder erfolgen die Selektionen viel zu früh, er stellt Gymiprüfungen grundsätzlich infrage.

Die Primarschule am Stutz liegt auf einer Anhöhe, in ländlicher Umgebung. Der Blick kann in die Ferne schweifen, in die unverbaute, grüne Weite. Die modernen Schul- und Turnhallegebäude stehen neben einem alten, ebenfalls noch genutzten Schulhaus. In dieser Idylle arbeitet Thomas Minder, scheinbar in einer anderen Welt als jener, mit der er als oberster Schweizer Schulleiter konfrontiert ist.

Herr Minder, haben die Lehrpersonen heute mehr mit Formularen, streitbaren Eltern und Anwälten oder mit Kindern zu tun?

Thomas Minder: Definitiv mehr mit Schülerinnen und Schülern. Doch es ist so, dass die Anforderungen rundherum steigen. Der administrative Aufwand in der Schule nimmt jedoch zum Glück nicht derart überhand wie zum Beispiel in medizinischen Berufen.

Die Schule bekommt aber die gesellschaftlichen Herausforderungen und die steigenden Ansprüche zu spüren. Was heisst das für die Lehrerinnen und Lehrer?

Die Anforderungen sind enorm vielfältig und komplex. Die Lehrerinnen und Lehrer sollten gut sein in Mathematik, müssen Sprachen können, Informatik beherrschen, ihren Aufgaben sozial und emotional gewachsen sowie kommunikativ sein und vieles mehr. Es ist eine Mission impossible, dies in den drei Studienjahren zu erreichen.

Müsste also die Ausbildung verlängert werden?

Ja. Es brauchte einen Masterabschluss für alle Lehrpersonen. Mindestens vier Jahre Ausbildung wären nötig, so wie es auch andere europäische Länder handhaben, etwa Finnland oder Estland. Beim Anwaltsberuf zweifelt auch niemand an, dass es einen Master braucht, obwohl dort KI künftig einen Teil der Aufgaben übernehmen wird. Im Gegensatz zum Lehrberuf.

Hat Ihre Forderung nach einer längeren Ausbildung denn eine Chance?

Politisch dürfte das sehr schwierig durchzusetzen sein, weil die Kosten steigen würden. Doch es würde sich längerfristig auszahlen.

Würde eine verlängerte Ausbildung nicht den Personalmangel verschärfen, weil auch der Quereinstieg schwieriger und unattraktiver würde?

Nein, das glaube ich nicht. Man müsste die Ausbildung so gestalten, dass die angehenden Lehrper-



sonen schon vor Abschluss des Studiums an Schulen unterrichten und dort in den Unterrichtsbetrieb integriert würden.

Die Schule ist omnipräsentes Gesprächsthema. Im Frühling erhitzen jeweils die Gymiprüfungen die Gemüter. Viele Kantone regeln so den Wechsel ins Gymnasium. Diese Selektion für das Langzeitgymi betrifft bereits Zwölfjährige in der 6. Klasse. Ist aus Ihrer Sicht so früher Leistungsdruck angebracht?

Wenn es schon Übergänge braucht, sollten diese prüfungsfrei erfolgen. Man weiss aus der Wissenschaft, dass jeder Übertritt in der Schule soziale Ungleichheiten verstärkt. Deshalb sollte es möglichst wenige Übergänge geben. Unser Verband ist deshalb klar der Meinung, dass es vor der Sekundarschule keine Selektion geben sollte. Die Gymiprüfungen gehören abgeschafft.

Das weicht aber weit von der Praxis in vielen Kantonen ab.

Das ist so, aber es gäbe Rahmenbedingungen, die eine andere Praxis zuliesse. Und manche Kantone gestalten die Übergänge auch prüfungsfrei.

Was sind die Möglichkeiten Ihres Verbandes, um etwas zu ändern?

Wir klären unsere Mitglieder sowie Politikerinnen und Politiker darüber auf, welche Auswirkungen die frühen Selektionen haben und welche Möglichkeiten es gibt, die Rahmenbedingungen zu ändern, also die Volksschulgesetze anzupassen. Aber zuletzt ist es Sache der Politik.

Wirkt Ihre Einflussnahme?

Ich habe das Gefühl, dass wir erfolgreich sind. Zumindest in unseren eigenen Reihen fragen sich viele, ob es richtig ist, einfach weiter so zu verfahren, wie man es schon immer gemacht hat.

Fakt ist aber, dass der Druck eher zunimmt, dass es stets mehr Vorbereitungskurse und Zusatzanstrengungen braucht, um die Gymiprüfungen zu bestehen. Das nimmt ja etwa im Kanton Zürich zum Teil groteske Formen an.

Das ist tatsächlich so und zeigt, dass es dort schwierig sein wird, etwas zu verändern. Zürich wird kaum der Kanton sein, an dem wir Freude haben werden. Aber irgendwann wird man sehen, dass sich etwas ändern muss. Es kann doch nicht sein, dass ab der vierten Klasse für Kinder und Eltern der Gymistress beginnt, weil der Prüfungsdruck im Raum steht, und Zehnjährige darunter leiden.

Was spricht denn gegen eine einheitliche, standardisierte Selektion?

Für die guten Schülerinnen und Schüler ist das kein Problem. Für diese ist kein System problematisch. Aber für die vermeintlich Schwächeren ist eine Selektion schädlich. Zum Teil landen sie wegen Fehleinschätzungen in tiefen Niveaus. Sie haben Potenzial, werden jedoch früh als schlecht abgestempelt. Das wird dann zur selbsterfüllenden Prophezeiung.

Was ist Ihr Vorschlag?

Ich wäre für heterogene Klassen. Man sollte den Schülerinnen und Schülern innerhalb des herkömmlichen Unterrichts unterschiedliche Schwierigkeitsniveaus anbieten. Alle Kinder aus einem Dorf gehen in die gleiche Sekundarstufe 1. Wir brauchen kein Langzeitgymnasium.

Wann und wie soll der Übergang ins Gymnasium geregelt sein?

Selektion findet am Schluss der Schulzeit statt. Man sieht, ob jemand ins Gymnasium gehen oder eine Berufslehre beginnen soll. Ob es dann für den Übertritt ins Gymi eine Prüfung braucht, das kann man diskutieren. Es gibt Kantone, die zeigen, dass es ohne geht.



Was spricht denn gegen Leistung und Anforderungen? Warum müssen die Starken gebremst werden?

Das ist der Standardvorwurf, das ist Mumpitz. Starke Schülerinnen und Schüler lassen sich nicht ausbremsen. Wir stehen zum Leistungsprinzip. Die Schule ist da, um zu zeigen, was jemand kann. Aber die Schule ist auch dazu da, um die Stärken zu fokussieren. Die Schülerinnen und Schüler da zu fördern, wo sie Potenzial haben. Da sollen sie nicht vor sich hindümpeln.

Besteht nicht die Gefahr, mit dem Verzicht auf Selektionen das Niveau zu senken?

Im Unterricht soll stets die nächste Zone avisiert werden. Die Kinder müssen aus der Komfort- in die Lernzone gebracht werden, ohne dass man sie überfordert. Die Kunst besteht darin, die Anforderungen so anzusetzen, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Grenzen ausloten.

Was heisst das für die laufende Diskussion um die Integration von Kindern mit Defiziten in die Regelschule? Geht das oder braucht es Sonderklassen?

Es muss Inklusion geben. Ohne Wenn und Aber. Doch in Einzelfällen kann es sein, dass es spezielle Lösungen braucht. Die Strukturen sollten grundsätzlich dynamisch sein, damit die Eingliederung gelingt. Wenn situative Anpassungen möglich sind und Durchlässigkeit besteht, dann lässt sich Inklusion leben.

Sexualerziehungsunterricht mit Folgen an einer Primarschule im Toggenburg

EDU Standpunkt, April 2026, Heinz Herzog

Ein Vorfall von ideologischem, nicht alters- und lehrplangerechtem Sexualkundeunterricht beschäftigt im Kanton St. Gallen aktuell das Bildungsdepartement, die Justiz und den Kantonsrat.

Eine Primarschule im Toggenburg beauftragte die Aidshilfe St. Gallen-Appenzell mit dem Unterricht ihrer Schüler der 5. Klasse in Sexualkunde. Die Klasse wurde geschlechtergetrennt unterrichtet, die 10-jährigen Knaben durch eine Frau. Weder jemand aus der Lehrerschaft noch Eltern oder sonst eine den Knaben vertraute Person begleitete den Unterricht bzw. durfte dabei sein.

Kaum Distanzwahrung zu den Knaben, «übergriffige» Übungen

Die Frau bekundete gegenüber den Knaben offen ihre Homosexualität, und dass sie mit 17 Jahren ihren ersten Geschlechtsverkehr gehabt habe. Neben einer Plüschvagina hatte sie auch einen Penis aus demselben Material dabei, welchem sie ein Kondom überstülpte. Die Knaben wurden aufgefordert, das Kondom anzufassen. In einer anderen Übung mussten die Knaben Kärtchen legen in einer Abfolge, wie hetero- und auch homosexuelle Paare Geschlechtsverkehr haben. Zudem wurden sie u.a. auf Pornoseiten aufmerksam gemacht. Einige Knaben waren nach diesem Unterricht sehr verwirrt.



Konsequenzen

Über eine Juristin des Lehrernetzwerks Schweiz reichten Eltern eine Aufsichtsbeschwerde gegen das Amt für Volksschule ein und eine Strafanzeige gegen die Aidshilfe St. Gallen-Appenzell sowie gegen die Frau, welche den Unterricht abhielt. Zudem reichte EDU-Kantonsrat Heinz Herzog zusammen mit SVP-Kantonsrätin Esther Granitzer eine Interpellation mit sieben Fragen ein, welche die Regierung nun beantworten muss. Die Empfänger von Aufsichtsbeschwerde und Strafanzeige haben bereits versucht, die Angelegenheit nicht an die Hand zu nehmen, wurden jedoch juristisch mit Nachdruck dazu aufgefordert. Die Angelegenheit liegt nun bei Behörden und Justiz.

Angestrebte Ziele

Für die Erziehung sind die Eltern verantwortlich. Sexualerziehungsunterricht ist eine sehr sensible Angelegenheit. Diese gehört aus unserer Sicht nicht in die Hände von Organisationen, welche ideologisch geprägt sind und mit ihren eigenen Ansichten zu sexuellen Orientierungen die Kinder in diesem Alter mehr verwirren, als dass sie ihnen eine Hilfe wären. Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer sollten für diese Aufgabe besser befähigt werden. Kinder sollen Kinder sein dürfen und mit diesen Themen nicht verfrüht überfordert werden.

Heinz Herzog, Kantonsrat EDU SG

Abschaffungstrend erfasst Thurgau

St. Galler Tagblatt, Ostschweiz, 2. April 2026

Kein Frühfranzösisch in der Primarschule: Der Grosse Rat spricht sich für Abschaffung aus.

«Einige haben vielleicht ein Déjà-vu», sagt Motionär Marc Rüdüsüli (Mitte, Sirmach). Denn vor neun Jahren hat der Grosse Rat schon einmal über die Verschiebung des Französischunterrichts auf die Oberstufe diskutiert und abgestimmt. Knapp hat sich das Parlament damals für die Beibehaltung entschieden. «Es ist Zeit für ein ehrliches Fazit- Aufwand und Ertrag stimmen nicht.» Rüdüsüli sagt, der Kern des Problems sei die Überforderung in der Primarschule. Für Grundkompetenzen wie Deutsch und Mathematik bleibe wenig Zeit. Der Mitte-Politiker geht dabei auf die Umfrage der Berufsorganisation der Lehrpersonen, Bildung Thurgau, ein. 63 Prozent von über 1000 Lehrerinnen und Lehrern sind gemäss dieser für die Abschaffung des Frühfranzösischs.

Die Beantwortung der Regierung gehe an diesem Kern vorbei. Sie schreibt nur zur Überlastung der Sekundarschule, schweigt aber über jene der Primarstufe. «Der Zusammenhalt der Schweiz hängt nicht an vier Lektionen Frühfranzösisch in der Mittelstufe, die Willensnation gab es auch schon vor dem Frühfranzösisch.» Die Motion kommt aus den Reihen der Mitte- und EVP-Fraktion. Fünf weitere Sprechende aus ihren Reihen setzen sich für die Verschiebung auf die Oberstufe ein.

Versprechen der Regierung haben nichts gebracht

Die SVP als grösste Partei steht nach «intensiven Diskussionen» mit einer Mehrheit hinter der Motion. Vetterli (Rheinklingen) sagt, dass die Regierung ihre Versprechen zum Frühfranzösisch von



vor neun Jahren nicht den gewünschten Erfolg brachten. Der damals drohende Alleingang sei nun kein Thema mehr, da etwa Zürich, St. Gallen oder Appenzell Ausserrhoden das Frühfranzösisch ebenfalls bachab schickten.

Fraktionsmehrheiten findet die Motion sonst nur noch bei EDU/Aufrecht. Die SP ist gespalten. Marion Sontheim (Bottighofen) sagt, die grösstmögliche Minderheit stehe hinter der Motion. Ihre Parteikollegin Sandrine Nikolic-Fuss (Bettwiesen) sagt dagegen: «Die Verlagerung klingt zunächst pragmatisch, doch sie löst kein Problem.» Sie hätte weitreichende organisatorische und finanzielle Folgen.

Spracherwerb mit dem «Ovi-Effekt»

Auch Judith Ricklin (SVP, Kreuzlingen) macht sich für die Ablehnung der Motion stark. Sie betont, dass die Qualität des Unterrichts entscheidend sei. Der Spracherwerb sei zudem kein Sprint, sondern ein Langstreckenlauf. Den «Ovi-Effekt» nennt es FDP-Kantonsrätin Cornelia Hasler-Roost (Aadorf): «Man kann es nicht besser, aber länger. Je früher man anfängt, desto langfristiger bleibt es im Gedächtnis.» Grüne und GLP lehnen die Motion ab. Fazit: 71 Kantonsratsmitglieder sagen Ja zur Verschiebung des Frühfranzösischunterrichts in die Oberstufe, 48 sind dagegen. (sba)

Kanton Zürich will wieder Förderklassen

Tages-Anzeiger, 15. April 2026, Zürich

Volksschulgesetz • Die Kommission für Bildung und Kultur des Zürcher Kantonsrats hat sich für die Wiedereinführung von Förderklassen ausgesprochen. Damit will sie eine Volksinitiative umsetzen und die Integration an den Volksschulen verbessern.

Eine Mehrheit der Kommission für Bildung und Kultur empfiehlt dem Kantonsrat, der vom Regierungsrat ausgearbeiteten Umsetzung der Förderklasseninitiative zuzustimmen, wie sie am letzten Donnerstag mitteilte. Die Vorlage sieht vor, dass Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten künftig wieder in speziellen Klassen unterrichtet werden können.

Bisher setzt der Kanton primär auf die integrative Schulform, bei der alle Kinder gemeinsam in einer Regelklasse lernen. Mit der Änderung des Volksschulgesetzes soll nun die rechtliche Grundlage für separate Förderklassen geschaffen werden. Die Kommission erhofft sich davon eine Entlastung der Lehrkräfte und mehr Unterstützung für Kinder mit besonderem Förderbedarf. Der Kantonsrat wird die Vorlage in einer der kommenden Sitzungen beraten. Das letzte Wort wird voraussichtlich das Stimmvolk haben.

Mitte dafür, SP dagegen

Die Fraktion der Mitte Kanton Zürich unterstützt die Umsetzung der Förderklasseninitiative in der durch die Kommission für Bildung und Kultur angepassten Form. Entscheidend sei, dass den Gemeinden ausreichend Handlungsspielraum gewährt werde und die Einführung von Förderklassen freiwillig bleibe, heisst es in einer Mitteilung der Partei vom Donnerstag.



Die SP lehnt die Umsetzungsvorlage der Förderklasseninitiative dagegen ab. Die Vorlage sei unnötig, pädagogisch problematisch und bringe den Schulen keinen Mehrwert, schreiben die Sozialdemokraten. Die SP setze stattdessen auf integrative Lösungen. Kinder sollten möglichst im Klassenverband gefördert werden, ergänzt durch gezielte und zeitlich begrenzte Angebote. (osc/SDA)

Salzkorn

St. Galler Tagblatt, 14. April 2026

Die integrative Schale ist eine schöne Idee. So schön, dass man sie besser nicht der Realität aussetzt. Dort nämlich trifft Sek auf Real, flankiert von sonderpädagogischen Ansprüchen – und alle verlieren. Das Klassenzimmer wird zum Biotop, in dem jede Leistung sofort verdächtig ist und jede Schwäche strukturell geschützt wird. Fördern heisst bevorzugen, fordern heisst diskriminieren. Und dazwischen steht ein Unterricht, der ständig wartet. auf das langsamste Tempo, den kleinsten gemeinsamen Nenner, die nächste pädagogische Verrenkung.

Wer schneller ist, lernt Geduld, und wer Mühe hat, lernt Frust. Aber gelernt wird insgesamt erstaunlich wenig. Intuitiv wissen das Lehrpersonen und Eltern längst. Nur sagen sollte man es besser nicht. Läuft es gut, gilt es als Beweis pädagogischer Weitsicht. Läuft es schlecht, als «systemisches Versagen». Am Ende stimmt die Bilanz immer. Endlich Chancengleichheit – weil niemand mehr eine Chance hat.

mlb

Die Kraft der Imagination wird vernachlässigt

NZZ, 15. April 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Allan Guggenbühl

Kinder und Jugendliche sind bei Problemen in der Schule einem gigantischen sozialpädagogischen Apparat ausgesetzt. Die Spezialisten konzentrieren sich auf Defizite, die Jugendlichen aber brauchen vor allem Vorbilder. Gastkommentar von Allan Guggenbühl

Kognition ist keine unabhängige Grösse, sondern der Mensch filtert seine Eindrücke und unterscheidet zwischen Tatsachen, Ahnungen und Phantasien, je nach sozialer Situation. Dieser Prozess wird durch eine Eigenschaft beeinflusst: die Einbildungskraft oder Imagination. Wir nehmen Eindrücke und Informationen nicht nur wahr, sondern verändern sie, entwickeln alternative Szenarien und passen sie unseren Bedürfnissen an. Wir interpretieren, was wir sehen und hören, und vergleichen unsere Eindrücke mit verinnerlichteten Settings.

Die Imagination ist eine Kompetenz, die uns weiterbringt. «Phantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt», konstatierte Albert Einstein. Dank der Imagination übernehmen wir nicht kritiklos die Vorgaben unserer Kultur, sondern variieren sie. Wir bringen uns als eigenständige Wesen



ein. Diese Fähigkeit zur Imagination zeigt sich bei Kindern im Spiel: Stundenlang rutschen sie auf dem Boden herum und inszenieren mithilfe von Playmobilfiguren Banküberfälle, Wikingerexkursionen oder Modeschauen. Oft nicht das, was sich die Eltern wünschen; die Spielsachen repräsentieren ihre Innenwelten.

Bei Jugendlichen äussert sich die Imagination in ihrer Suche nach alternativen Szenarien, Interessen oder Lebensstilen. Das eigene Lebensfeld wird erweitert: Länder wollen entdeckt, neue Tätigkeiten ausprobiert, eigene Hobbys kreiert und alternative Sichtweisen debattiert werden. Die Fähigkeit zur Imagination hat auch Renitenz zur Folge. Folgsamkeit und der Lebensstil der Alten haben nicht höchste Priorität, sondern es geht darum, das Dasein neu zu sichten und Grenzüberschreitungen zu wagen.

Imaginationen kreieren Geschichten. Wir machen uns einen Reim aus Beobachtungen oder Erlebnissen und fügen sie zu einem Gesamtbild zusammen. Am Anfang steht eine Irritation. Man erlebt, beobachtet oder hört etwas Befremdliches. Dies führt zu einer kognitiven Dissonanz; eine Normalitätsvorstellung wird hinterfragt. Das Unerwartete muss verarbeitet werden, weil es einen sonst umtreibt und belastet. Man beginnt zu denken und sucht nach einem Topos, der mit dem Geschehen in Verbindung gebracht werden kann. Die Irritation wird in einem Ereignisstrang eingeordnet, damit man nachvollziehen kann, wieso es zur Überraschung, Neuerung oder zum Skandal kam. Geschichten exportieren Ereignisse und Motive in ein alternatives Szenarium. Auf diese Weise helfen sie Gemeinschaften, sich zu einigen. Der gemeinsame Fokus ermöglicht Zielsetzungen und die Entwicklung gemeinsamer Werte. Chaos, das bei Gemeinschaften bei Irritationen droht, wird verhindert.

Das gilt auch für Schulklassen. Chaotische Zustände sind eine Gefahr, da es sich um Ansammlungen von Menschen mit unterschiedlichen Anliegen, divergenten Persönlichkeiten und kulturellen Prägungen handelt. Narrative helfen zu verhindern, dass sie zu einer wilden Horde werden. Dank Geschichten halten Klassen zusammen. Sie werden von Klassen selbst entwickelt oder durch Lehrpersonen initiiert. Wenn alle sich über einen ungerechten Lehrer ärgern, fördert dies den Klassengeist. Imaginationen und Geschichten haben heute in der Schule aber keine Priorität mehr. Der Fokus liegt auf Kompetenzförderung und dem selbsttätigen Lernen. Eigenverantwortung steht im Zentrum. Die Schüler sollen eigenen Themen nachgehen. Die Lehrpersonen amten als Coach. In Lernateliers widmen sich Schüler selbsttätig dem Stoff, den sie eigenständig definieren.

Ein Unterricht, der in grössere Zusammenhänge eingebettet wird, gilt als nicht zeitgemäss. Man will keine Lehrpersonen, die über Gott und die Welt dozieren, sondern konkrete Fragestellungen. Kommt es zu Reibereien, dann wird selten die Dynamik der Auseinandersetzung genutzt, um andrängende Imaginationsinhalte zu diskutieren und neue Einsichten zu generieren.

Spezialisten werden aufgeboten. Das kreative Potenzial des Konflikts geht verloren. Die Schüler verbringen die Zeit mit wechselnden Bezugspersonen. Die Chance, dass sie sich über eine Lehrperson mit der Schule identifizieren, sie bewundern und sich über sie aufregen, reduziert sich. Vor allem bei Jugendlichen ist diese Entwicklung fatal. Sie brauchen Erwachsene, die sie durch ihre Präsenz und ihre Geschichten ins Erwachsenenalter initiieren, sich als Übergangsfiguren zur Verfügung stellen, Friktionen aushalten und damit helfen, Fakten von Fiktionen zu unterscheiden.



Erwachsene fungieren als Gatekeeper, um Eindrücke, Irritationen und die verwirrende mediale Informationsflut zu ordnen.

Ein Grossteil der Probleme der Schule sind Folgen eines pädagogischen Diskurses, der die Bedürfnisse der jungen Menschen ignoriert. Stattdessen wurde ein gigantischer sozialpädagogischer Apparat aufgebaut, der sich auf Defizite konzentriert, ohne die Kraft der Imagination zu nutzen und zu helfen, den medialen Tsunami an Irritationen zu verarbeiten. Die Folge ist, dass die Imaginationskraft und die Suche nach Tatsachen in anderen Kanälen ausgelebt wird.

Allan Guggenbühl ist Psychologin und Psychotherapeutin in freier Praxis in Zürich.

Leichte Sprache ist herablassend und dumm

NZZ am Sonntag, 12. April 2026, Mario Andeotti

Kurze Sätze, einfache Worte, kein Passiv, kein Genitiv: Was inklusiv sein soll und zweifellos gut gemeint ist, fördert die Diskriminierung und die Zweiteilung der Gesellschaft. Nützlicher wäre gutes Deutsch, findet Mario Andeotti

Dass viele Jugendliche, aber auch Erwachsene grosse Mühe mit dem Lesen und Schreiben haben, also selbst einfache Texte nicht verstehen und nicht schreiben können, ist hinreichend bekannt. Was das für das Schicksal jedes einzelnen Betroffenen bedeutet, kann sich ausmalen, wer überlegt, welche Rolle sprachliche Kompetenz in seinem eigenen Lebensalltag spielt. Daher kann es auf den ersten Blick nur verständlich sein, wenn immer mehr öffentliche Institutionen und Ämter, unter ihnen das «Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen», dazu übergehen, ihre Informationen nicht nur in Normalsprache, sondern auch in sogenannter Leichter Sprache herauszugeben, damit auch Menschen mit kognitiv bedingten Leseschwierigkeiten sie verstehen.

Trotzdem ist das Unterfangen bedenklich, und zwar sowohl aus linguistischer als auch aus sozialer Sicht. Nehmen wir die linguistische Sicht vorweg: Bei der Leichten Sprache geht es um eine gänzliche Reduktion der Standardsprache, ja um eine Simplifizierung der Sprache. So werden keine langen Wörter («Umweltschutzgesetz») und schon gar keine Fremdwörter verwendet (nicht «Das war fatal», sondern «Das war schlecht»). Dazu kommen nur kurze Sätze, wobei jeder Satz lediglich eine Aussage enthält («Ich bin Hans Maier. Ich komme aus Bern. Jetzt wohne ich in Luzern.»). Und so werden Sätze in der Passivform («Die Preiserhöhung wurde genehmigt.»), aber auch der Konjunktiv («Man müsste mehr tun.») vermieden, wird der Genitiv in den meisten Fällen durch eine präpositionale Fügung mit «von» ersetzt (nicht «der Besitz des Vaters», sondern «der Besitz vom Vater»), und so wird nicht zuletzt auch auf Negationen verzichtet (nicht «Für ungeübte Wanderer nicht geeignet», sondern «Nur für geübte Wanderer»).

Selbst Metaphern, also bildstarke Ausdrücke, sind unerwünscht. Stattdessen sollen alltagsnahe Wörter verwendet werden (nicht «den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen», sondern «den Überblick verlieren»). Dabei wissen wir aus der kognitiven Linguistik, dass gerade Metaphern das Verständnis



unserer komplexen Welt erleichtern. Wer hat schon eine wirkliche Vorstellung von einer Kernwaffenexplosion? Aber wenn ich dafür die Metapher «Atompilz» verwende, kann sich jeder ein Bild von der ungeheuren Wirkung einer solchen Explosion machen. Und wenn «aus allen Rohren gefeuert wird», dann ist das wesentlich anschaulicher, als wenn nur geschossen wird.

Keine Frage: Leichte Sprache führt zu einer Verarmung unserer Sprache. Ironie, Witz und all die Zwischentöne, von denen Texte nun einmal leben, lassen sich nur schlecht oder gar nicht in sie übersetzen. Zudem macht die dauernde Wiederholung von Wörtern in der Leichten Sprache («Max arbeitet im Büro. Das Büro ist im dritten Stock.») einen Text langweilig und damit gerade weniger leicht zugänglich und vor allem weniger lesenswert. Aber nicht nur das: Leichte Sprache führt auch zu einer Verfälschung der Sprache. Einmal abgesehen davon, dass sich komplexe Inhalte kaum in Leichter Sprache wiedergeben lassen, ist die Übersetzung von der Standardsprache in diese Sprachform stets mit einer Veränderung, ja mit einem Verlust an Information verbunden. Wer beispielsweise Aussagen auf das Nebeneinander von Hauptsätzen beschränken muss, kann keine Kausalbezüge mehr herstellen: «Hanna zieht nach Aarau, weil sie dort arbeitet.»

Zu den linguistischen Bedenken treten soziale Vorbehalte: Die Leichte Sprache wendet sich, wie eingangs erwähnt, an Menschen, die über eine geringe Kompetenz in der deutschen Sprache verfügen. Das führt zu einer höchst problematischen intellektuellen Zweiteilung unserer Gesellschaft und damit zwingend zu sozialer Diskriminierung: Hier die sprachlich Gebildeten, dort die Sprachbehinderten.

Viel nützlicher und vor allem nicht diskriminierend wäre allgemein eine verständliche Sprache. Angesprochen sind dabei vor allem die öffentlichen Institutionen und Ämter, deren Texte häufig in Fachausdrücken und Fremdwörtern schwelgen oder sich in Schachtelsätzen verstricken, so dass man sie kaum noch versteht. Ihnen muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden, dass gutes Deutsch verständliches Deutsch ist. Und wenn schon Kritik angebracht ist, dann auch am Deutschunterricht an unseren Schulen, in dem vor lauter Stoffhuberei für das Kerngeschäft, das Einüben von Lese- und Schreibkompetenz, oft kaum mehr Zeit bleibt. Es darf nicht sein, dass jeder fünfte Jugendliche die Schule ohne ausreichende sprachliche Kenntnisse verlässt.

Leichte Sprache als Ausweg aus dem Dilemma? Nein. Es braucht sie nicht. Sie liest sich wie eine Parodie auf behinderte Menschen, die wohlmeinend daherkommt.

***Mario Andreotti**, geboren 1947, war Mittelschullehrer sowie Lehrbeauftragter für Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität St. Gallen sowie an der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg. Er ist Autor von Sachbüchern und Beiträgen zu Bildung und Sprache.*



Angepasste Mädchen wechseln an Privatschulen wegen Unruhe in der Regelklasse

Tages-Anzeiger, 17. April 2026, Zürich, Andrea Söldi

Bildungssystem • Öffentliche Schulen im Kanton Zürich stellen eine Zunahme überforderter Kinder fest. Psychologe Matthias Obrist sagt: Die Abwanderung ist eine unerwünschte Folge der schulischen Integration.

Acht Kinder sitzen rund um einen Tisch. Lehrerin Mary Kaufmann gibt eine kurze Einführung in die heutige Mathematiklektion und verteilt anschliessend die Hefte. Die Schülerinnen und Schüler suchen sich einen Platz im Zimmer und arbeiten in Zweier- oder Dreiergruppen. Zwei jüngere Mädchen üben mit Klassenassistentin Chantal Salzgeber Plus- und Minusrechnen, während die Kinder der dritten und vierten Klasse mit Multiplikationen beschäftigt sind.

Im anderen Teil des Schulzimmers berechnen die Fünft- und Sechstklässler derweil Flächenmasse. Ein Knabe hat ein Rechteck mit den Seitenlängen vier und sechs Zentimeter an die Tafel gezeichnet. «Wie viele Quadratzentimeter misst die Fläche?», fragt Lehrerin Katharina Egli.

Einige Kinder wurden gemobbt

In der Privatschule Eventa in Nürensdorf lernen 21 Kinder der 1. bis 6. Klasse gemeinsam. «Seit etwa drei Jahren haben wir auffallend viele Anfragen», sagt Schulleiterin Daniela Waigel. Man führe eine Warteliste. Zudem habe sich die Art der Kinder verändert. «Früher hatten wir viele laute Buben mit einer tiefen Reizschwelle, die an der öffentlichen Schule untragbar waren», erzählt Waigel, welche die Schule vor 20 Jahren gegründet hat.

Früher hatten einige Kinder in der Eventa einen Sonderschulstatus, weshalb die Volksschule für die Schulkosten aufkam. Seit der Vorgabe zur Integration von Kindern mit speziellen Bedürfnissen in die Regelklasse sei dies kaum noch der Fall, sagt Waigel. «In letzter Zeit haben wir mehr ruhige, angepasste Kinder, die in der öffentlichen Schule untergehen oder gemobbt werden.» Viele davon seien Mädchen.

Lars wollte nicht mehr zur Schule gehen

Ähnlich hat es Lars (Kindernamen geändert) in der dritten Klasse der öffentlichen Schule erlebt. «Es war megalaut, und man konnte sich kaum konzentrieren», erzählt der Sechstklässler. «Ich wollte die Aufgaben lösen, die uns die Lehrperson gab, aber das war sehr schwierig, da oft mehrere Kinder durcheinander schwatzten und eine grosse Unruhe herrschte.» Der Knabe fühlte sich zunehmend unwohl und konnte nicht mehr gut lernen. Nach den Frühlingsferien wollte er überhaupt nicht mehr zur Schule gehen.

«Wir haben realisiert, dass sich etwas ändern muss», sagt Lars' Vater. Eigentlich sei eine Privatschule für die Familie nie ein Thema gewesen, auch wegen der hohen Kosten. Pro Kind und Jahr fallen in der Eventa 24'000 Franken an. Für die eine Tochter habe es an der öffentlichen Schule gut gepasst, nicht aber für Lars. An der Privatschule fühle er sich nun wohl und habe unterdessen grosse Fortschritte gemacht. Auch dort komme es manchmal zu Streit untereinander, räumt Lars ein. Doch



die Lehrerinnen seien präsenter als in der öffentlichen Schule, und man bespreche Konflikte miteinander.

Auch Lina besucht seit dem Herbst die Eventa. «In Linas Klasse an der Volksschule war es sehr unruhig», erzählt ihre Mutter. Lina sei blockiert gewesen, habe kaum lesen und rechnen können und sich oft unwohl gefühlt.

Lina habe zuerst nicht die Schule wechseln wollen, fühle sich nun aber sehr wohl in der Eventa, erzählt ihre Mutter. «Obwohl alle Kinder im selben Raum unterrichtet werden, ist es dort sehr ruhig.» Ihre Tochter habe den grossen Rückstand im Lesen und Rechnen schnell aufgeholt. Inzwischen wurde ein Aufmerksamkeitsdefizit festgestellt, weshalb das Mädchen nun Medikamente einnimmt. Die klaren Strukturen und gezielten Anweisungen würden ebenfalls dazu beitragen, dass Lina sich nun besser konzentrieren könne, ist die Mutter überzeugt. «Manche Kinder sind überfordert, wenn sie zum Beispiel den Lösungsweg beim Rechnen selbst herausfinden müssen.»

Selbst organisiertes Lernen überfordert einige

Mit dem Lehrplan 21 ist das sogenannte selbst organisierte Lernen in den letzten zehn Jahren immer populärer geworden. Kinder, die dazu fähig sind, arbeiten auch in der Eventa oft selbstständig. «Bei anderen Kindern kann es vorkommen, dass wir das Aufgabenbüchlein kontrollieren und schauen, ob im Thek alles vorhanden ist», führt Schulleiterin Waigel aus.

Die Vorgabe, praktisch alle Kinder mit besonderen Bedürfnissen in die Regelklasse zu integrieren, sorge in der Volksschule oft für Unruhe, stellt Daniela Waigel fest. Damit die Kinder Anspruch auf Fördermassnahmen haben, brauchen sie nämlich eine Abklärung und eine Diagnose. Sie selbst ziehe es vor, ressourcenorientiert zu arbeiten, erklärt die Schulleiterin: «Wir schauen, was das Kind mitbringt, und bauen darauf auf.»

Wechsel oft erst bei Problemen

Über die vergangenen 20 Jahre hinweg ist die Quote der Privatschulkinder im Kanton Zürich stetig leicht angestiegen und liegt heute bei 6,5 Prozent. In den letzten zehn Jahren verlief die Zunahme jedoch langsamer. In den Städten und reicheren Gemeinden - etwa an der Goldküste - ist die Quote stets höher. Der Prozentsatz nimmt zudem mit dem Alter zu, weil viele Kinder zuerst einmal in der Volksschule starten und erst, wenn Probleme auftauchen, an eine Privatschule wechseln.

An der Freien Schule Zürich mit rund 260 Schülerinnen und Schülern von der 5. bis 9. Klasse ist die Nachfrage ebenfalls gross. Rektor Johannes Eichrodt stellt eine ähnliche Tendenz wie an der Eventa fest. Sehr unruhige Kinder könne man meist nicht aufnehmen, weil man anders als an der Volksschule nicht mit integrativer Förderung arbeite. Diese würden heute vermehrt in der Volksschule integriert, während angepasste Schülerinnen und Schüler immer mehr an eine Privatschule wechselten. Dies sei besonders an Schulen der Fall, die an der Oberstufe nur noch zwei Abteilungen führten, beobachtet Eichrodt. «Einige Eltern finden dies unzumutbar.»

Auch die School of Tomorrow mit zwei Standorten in Zürich und einem in Uster verzeichnet viele eher stille Kinder. «In letzter Zeit wurde vermehrt erkannt, dass auch unauffällige Kinder Bedürfnisse haben», sagt Gründer Diego De Nicola. Einige Kinder seien in der öffentlichen Schule unterfordert und gelangweilt, bei anderen seien die Begabungen ungleich verteilt. Wenn jemand zum



Beispiel sehr interessiert an Mathematik sei, aber sprachlich Schwächen aufweise, könne man ihm in einer Privatschule oft besser gerecht werden.

Dass Mädchen oft unauffälliger und angepasster sind als Buben, bestätigt Matthias Obrist, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologie. Gleichzeitig seien sie schulisch im Durchschnitt erfolgreicher und würden weniger sonderpädagogische Massnahmen benötigen.

Dass unauffällige Mädchen vermehrt in eine Privatschule wechseln, hält er für eine unerwünschte Begleiterscheinung der Integration. «Man ist heute sensibler auf die Bedürfnisse von ruhigen Kindern. Und Eltern sind schneller bereit, Geld für eine Privatschule auszugeben, wenn ihr Kind leidet oder nicht optimal gefördert wird.»

Für die öffentliche Schule und die Gesellschaft sei das natürlich keine gute Lösung, betont Obrist. «Wir brauchen diese Kinder.» Zudem sei es unfair, weil sich längst nicht alle eine Privatschule leisten könnten. Er rät deshalb dazu, zuerst alle Möglichkeiten an der Volksschule auszuschöpfen - zum Beispiel Schulsozialarbeit, Schulpsychologie oder Unterstützungskonzepte im Fall von Mobbing.

«Integration nicht gescheitert»

Zudem erinnert Obrist daran, dass das Integrationsprinzip trotz häufiger Kritik ein Erfolgsmodell sei. Der Schule gelinge der Umgang mit einer grossen Heterogenität meist erstaunlich gut. «Die Integration ist keineswegs gescheitert, wie immer wieder behauptet wird.»

Sicher sei der Anspruch, den Grossteil der Kinder zu integrieren, auch eine Belastung, räumt Obrist ein. Lehrpersonen seien oft zu wenig auf das Aushandeln von Regeln und Konfliktbewältigungen vorbereitet und würden sich allein gelassen fühlen. Schwierige Kinder einfach in eine Sonderklasse zu stecken, sei aber meist weder wirksamer noch günstiger, stellt Matthias Obrist klar. Dies könne höchstens bei schwerwiegenden Problemen eine Lösung sein.